



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Helmut Kaltenhauser FDP**
vom 09.12.2020

Wirecard (10)

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) In welchen Fällen haben sich Bundesministerien und Ministerien der Staatsregierung zum Thema Wirecard seit 2008 ausgetauscht (bitte hierbei jeweils Art des Kommunikationsmittels, Initiator, Datum und Anlass angeben)? 3
b) Welchen Inhalt betraf dieser Austausch? 3
c) Welche Handlungen haben die Staatsregierung bzw. einzelne Ministerien im Anschluss an diesen Austausch unternommen bzw. veranlasst? 3
2. a) In welchen Fällen hat sich die Staatsregierung seit 2008 von der Staatsanwaltschaft München über Sachverhalte zur Wirecard AG oder zu einer ihrer Tochtergesellschaften unterrichten lassen (hierbei bitte jeweiliges Ministerium, Datum und Anlass angeben)? 3
b) Welchen Inhalt betraf dieser Austausch? 3
c) Welche Handlungen haben die Staatsregierung bzw. einzelne Ministerien im Anschluss daran unternommen bzw. veranlasst? 3
3. a) In welchen Fällen haben sich Ministerien der Staatsregierung untereinander zum Thema Wirecard seit 2008 ausgetauscht (hierbei bitte jeweils Initiator, Datum und Anlass angeben)? 3
b) Welchen Inhalt betraf dieser Austausch? 3
c) Welche Handlungen haben die Staatsregierung bzw. einzelne Ministerien im Anschluss daran unternommen bzw. veranlasst? 3
4. a) Hat die Staatsregierung mittlerweile Kenntnisse darüber, welche Person 2010, die über Insiderinformationen verfügt haben muss, was insbesondere die sachbearbeitenden Staatsanwälte und Polizeibeamte sowie die in die Ermittlungen eingebundenen Mitarbeiter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gewesen sein können, ein anonymes Schreiben mit vertraulichen Informationen unter anderem an Herrn ██████████ und Herrn ██████████ versendet hat? 4
b) Hat die Staatsregierung mittlerweile Kenntnisse darüber, welche Person 2010, die über Insiderinformationen verfügt haben muss, was insbesondere die sachbearbeitenden Staatsanwälte und Polizeibeamte sowie die in die Ermittlungen eingebundenen Mitarbeitern der BaFin gewesen sein können, vertrauliche Informationen weitergegeben hat, die sich schließlich in einem anonymen Schreiben unter anderem an Herrn ██████████ und Herrn ██████████ wiederfanden? 4
c) Ist es richtig, dass Herr Waldemar Kindler grundsätzlich Zugriff auf die in 4 a und 4 b erfragten vertraulichen Informationen hatte? 4

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

5. a) Welchen Gegenstand hatten die nationalen Amtshilfeersuchen, die die Staatsregierung bzw. ihr nachgeordnete Behörden seit 2008 mit Bezug zur Wirecard AG oder zu einer ihrer Tochtergesellschaften gestellt haben (bitte hierbei Datum des Amtshilfeersuchens und die jeweilige Behördenverbindung angeben; die Anfragen des Abgeordneten Dr. Martin Runge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] vom 21.09.2020 zum Plenum „Fragen im Zusammenhang mit der Aufsicht über die Wirecard AG und mit einschlägigen Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen I und II“ sind dem Fragesteller bekannt, decken aber nur einen Teil der Frage ab)? 4
- b) Welche Erkenntnisse waren jeweils der Anlass für das Ersuchen der Staatsregierung bzw. der ihr nachgeordneten Behörden gegenüber inländischen Behörden? 4
- c) Welche Handlungen haben die Staatsregierung bzw. die ihr nachgeordneten Behörden jeweils daraufhin unternommen bzw. veranlasst? 4
6. a) Welchen Gegenstand hatten die internationalen Amtshilfeersuchen, die die Staatsregierung bzw. ihr nachgeordnete Behörden seit 2008 mit Bezug zur Wirecard AG oder zu einer ihrer Tochtergesellschaften gestellt haben (bitte hierbei Datum des Amtshilfeersuchens und die jeweilige Behördenverbindung angeben)? 4
- b) Welche Erkenntnisse waren jeweils der Anlass für das Ersuchen der Staatsregierung bzw. der ihr nachgeordneten Behörden gegenüber ausländischen Behörden? 4
- c) Welche Handlungen haben die Staatsregierung bzw. die ihr nachgeordneten Behörden jeweils daraufhin unternommen bzw. veranlasst? 4

Antwort

des Staatsministeriums der Justiz, soweit betroffen im Einvernehmen mit der Staatskanzlei und den anderen Ressorts

vom 01.02.2021

Vorbemerkung:

Angesichts des lange zurückliegenden Zeitraums und der damit zusammenhängenden, mit unverhältnismäßigem Aufwand verbundenen vollständigen Recherche wird die Beantwortung bei den Fragenkomplexen 1, 3, 5 und 6 auf die 17. und 18. Wahlperiode (d. h. ab dem 10.10.2013) bis zum 18.06.2020, dem Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Verweigerung eines Testats für die Wirecard AG, und bei den Fragenkomplexen 1 und 3 in den Staatsministerien auf Personen in der Leitungsebene (Abteilungsleitung und höher), die derzeit noch aktiv im Dienst des Freistaates Bayern stehen, eingeschränkt.

1. a) **In welchen Fällen haben sich Bundesministerien und Ministerien der Staatsregierung zum Thema Wirecard seit 2008 ausgetauscht (bitte hierbei jeweils Art des Kommunikationsmittels, Initiator, Datum und Anlass angeben)?**
- b) **Welchen Inhalt betraf dieser Austausch?**
- c) **Welche Handlungen haben die Staatsregierung bzw. einzelne Ministerien im Anschluss an diesen Austausch unternommen bzw. veranlasst?**

Zwischen den Staatsministerien und Bundesministerien hat nach den vorliegenden Erkenntnissen kein Austausch zum Thema Wirecard stattgefunden.

2. a) **In welchen Fällen hat sich die Staatsregierung seit 2008 von der Staatsanwaltschaft München über Sachverhalte zur Wirecard AG oder zu einer ihrer Tochtergesellschaften unterrichten lassen (hierbei bitte jeweiliges Ministerium, Datum und Anlass angeben)?**
- b) **Welchen Inhalt betraf dieser Austausch?**
- c) **Welche Handlungen haben die Staatsregierung bzw. einzelne Ministerien im Anschluss daran unternommen bzw. veranlasst?**

Auf die Antwort zu den Fragen 5.1 bis 7.2 der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Tim Pargent, Claudia Köhler, Toni Schuberl und Barbara Fuchs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 30.07.2020 betreffend „Ermittlungen rund um die Wirecard AG“ (Drs. 18/10113) wird Bezug genommen.

3. a) **In welchen Fällen haben sich Ministerien der Staatsregierung untereinander zum Thema Wirecard seit 2008 ausgetauscht (hierbei bitte jeweils Initiator, Datum und Anlass angeben)?**
- b) **Welchen Inhalt betraf dieser Austausch?**
- c) **Welche Handlungen haben die Staatsregierung bzw. einzelne Ministerien im Anschluss daran unternommen bzw. veranlasst?**

Ein Austausch zum Thema Wirecard auf Leitungsebene fand zwischen dem 10.10.2013 und dem 18.06.2020 nach den vorliegenden Erkenntnissen nicht statt.

4. a) Hat die Staatsregierung mittlerweile Kenntnisse darüber, welche Person 2010, die über Insiderinformationen verfügt haben muss, was insbesondere die sachbearbeitenden Staatsanwälte und Polizeibeamte sowie die in die Ermittlungen eingebundenen Mitarbeiter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gewesen sein können, ein anonymes Schreiben mit vertraulichen Informationen unter anderem an Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED] versendet hat?
- b) Hat die Staatsregierung mittlerweile Kenntnisse darüber, welche Person 2010, die über Insiderinformationen verfügt haben muss, was insbesondere die sachbearbeitenden Staatsanwälte und Polizeibeamte sowie die in die Ermittlungen eingebundenen Mitarbeitern der BaFin gewesen sein können, vertrauliche Informationen weitergegeben hat, die sich schließlich in einem anonymen Schreiben unter anderem an Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED] wiederfanden?
- c) Ist es richtig, dass Herr Waldemar Kindler grundsätzlich Zugriff auf die in 4 a und 4 b erfragten vertraulichen Informationen hatte?

Der Staatsregierung liegen keine diesbezüglichen Informationen vor.

Zum Verfahrensausgang bei den insoweit durchgeführten Ermittlungen wird Bezug genommen auf die Antwort auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend „Maulwürfe“ bei der Staatsanwaltschaft“ vom 22.04.2013 (Drs. 16/16922). Das bei der Staatsanwaltschaft München I gegen unbekannt geführte Ermittlungsverfahren wegen versuchter Strafvereitelung und Verletzung von Dienstgeheimnissen wurde mit Verfügung vom 01.06.2012 gemäß § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung (StPO) eingestellt, weil ein Täter nicht ermittelt werden konnte.

5. a) Welchen Gegenstand hatten die nationalen Amtshilfeersuchen, die die Staatsregierung bzw. ihr nachgeordnete Behörden seit 2008 mit Bezug zur Wirecard AG oder zu einer ihrer Tochtergesellschaften gestellt haben (bitte hierbei Datum des Amtshilfeersuchens und die jeweilige Behördenverbindung angeben; die Anfragen des Abgeordneten Dr. Martin Runge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] vom 21.09.2020 zum Plenum „Fragen im Zusammenhang mit der Aufsicht über die Wirecard AG und mit einschlägigen Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen I und II“ sind dem Fragesteller bekannt, decken aber nur einen Teil der Frage ab)?
- b) Welche Erkenntnisse waren jeweils der Anlass für das Ersuchen der Staatsregierung bzw. der ihr nachgeordneten Behörden gegenüber inländischen Behörden?
- c) Welche Handlungen haben die Staatsregierung bzw. die ihr nachgeordneten Behörden jeweils daraufhin unternommen bzw. veranlasst?
6. a) Welchen Gegenstand hatten die internationalen Amtshilfeersuchen, die die Staatsregierung bzw. ihr nachgeordnete Behörden seit 2008 mit Bezug zur Wirecard AG oder zu einer ihrer Tochtergesellschaften gestellt haben (bitte hierbei Datum des Amtshilfeersuchens und die jeweilige Behördenverbindung angeben)?
- b) Welche Erkenntnisse waren jeweils der Anlass für das Ersuchen der Staatsregierung bzw. der ihr nachgeordneten Behörden gegenüber ausländischen Behörden?
- c) Welche Handlungen haben die Staatsregierung bzw. die ihr nachgeordneten Behörden jeweils daraufhin unternommen bzw. veranlasst?

Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration:

Im abgefragten Zeitraum wurden weder von der Regierung von Niederbayern noch durch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration nationale oder internationale Amtshilfeersuchen gestellt.

Fallbezogen erfolgten Anfragen der polizeilichen Sachbearbeiter bei der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen/Financial Intelligence Unit (FIU), der BaFin, dem Bundeskriminalamt (BKA) und anderen nationalen bzw. internationalen Behörden und Institutionen. Eine standardisierte Erfassung dieser Ersuchen und deren Ergebnisse erfolgt im polizeilichen Vorgangsverwaltungssystem nicht, sodass keine detaillierte Aussage dazu getroffen werden kann. Insbesondere aufgrund der größeren Anzahl an

betroffenen Vorgängen können die Fragen in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht hinreichend beantwortet werden.

Staatsministerium der Justiz:

Entsprechende Ersuchen des Staatsministeriums der Justiz an nationale oder internationale Behörden sind nicht feststellbar.

Für die nachgeordneten Behörden, insbesondere die Staatsanwaltschaft München I, können die Fragen mit verhältnismäßigem Aufwand nicht beantwortet werden. Die Staatsanwaltschaft München I wies darauf hin, dass Amtshilfeersuchen, gerade die in Wirtschaftsstrafverfahren oftmals durchgeführten Kontoabfragen durch Auskunftsersuchen nach §§ 160, 161a, 95 StPO an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), im Fachverfahren web.sta nicht gesondert erfasst werden. Eine elektronische Recherche ist daher insoweit nicht möglich. Gleiches gilt für Ersuchen um fachliche Stellungnahme zu bestimmten Sachverhalten an die BaFin. Das Fachverfahren web.sta wird in Bayern und in acht weiteren Bundesländern bei den Staatsanwaltschaften verwendet.

Für den in der Vorbemerkung genannten Zeitraum ist eine größere Anzahl an Vorgängen feststellbar. Auf die Antwort zur Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Tim Pargent u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 30.07.2020 betreffend „Ermittlungen rund um die Wirecard AG“ vom 25.09.2020 (Drs. 18/10113), insbesondere zu den dortigen Fragenkomplexen 1 bis 4, wird Bezug genommen. Die Vorgänge weisen teilweise einen erheblichen Umfang auf. Eine händische Auswertung aller Vorgänge wäre auch mit Blick auf den zur Verfügung stehenden Zeitraum mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden.

Soweit durch frühere Auswertungen Kontakte zwischen der Staatsanwaltschaft München I und der BaFin im Zusammenhang mit der Wirecard-Gruppe festgestellt werden konnten, sind diese bereits in Antworten auf andere Anfragen aus dem parlamentarischen Raum, beispielsweise auf die Anfragen des Abgeordneten Dr. Martin Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 21.09.2020 zum Plenum „Fragen im Zusammenhang mit der Aufsicht über die Wirecard AG und mit einschlägigen Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen I und II“, mitgeteilt worden (vgl. Drs. 18/10152). Auf die dortigen Antworten wird Bezug genommen.

Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft München I konnte dort für den in der Vorbemerkung genannten Zeitraum vom 10.10.2013 bis zum 18.06.2020 ein ausgehendes Rechtshilfeersuchen in das Ausland im Sinne der Fragestellung festgestellt werden. Dieses ist noch nicht erledigt; weiter gehende Angaben hierzu können nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft zur Vermeidung einer Gefährdung des Untersuchungszwecks derzeit nicht erteilt werden.

Die Staatskanzlei und die übrigen Ressorts haben Fehlanzeige erstattet.